

---

**128/A(E) XXVIII. GP**

---

**Eingebracht am 26.03.2025**

**Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.**

## **ENTSCHLIESSUNGSANTRAG**

des Abgeordneten Christoph Steiner  
und weiterer Abgeordneter  
betreffend **Ablehnung der Erhöhung von Tourismusabgaben**

Der Tourismus ist ein wesentlicher Eckpfeiler der österreichischen Wirtschaft und trägt maßgeblich zur Bewahrung unserer einzigartigen Kultur und Traditionen bei. Unsere vielfältigen Landschaften, historischen Städte und gastfreundlichen Gemeinden ziehen jährlich Millionen von Besuchern an, was nicht nur Arbeitsplätze sichert, sondern auch zur regionalen Wertschöpfung beiträgt.

In den letzten Jahren wurden jedoch vermehrt Stimmen laut, die eine Erhöhung der Tourismusabgaben fordern. Diese zusätzlichen finanziellen Belastungen würden insbesondere kleine und mittelständische Betriebe treffen, die ohnehin mit steigenden Kosten und bürokratischen Hürden zu kämpfen haben. Eine solche Maßnahme könnte die Wettbewerbsfähigkeit dieser Unternehmen mindern und langfristig zu einem Rückgang des touristischen Angebots führen.

Wir lehnen jede Form von Steuer- und Abgabenerhöhungen ab, die unsere heimischen Betriebe belasten und ihre Existenz gefährden könnten. Stattdessen setzen wir uns für eine Entlastung der Unternehmen ein, um Investitionen zu fördern und Arbeitsplätze zu sichern. Eine Erhöhung der Tourismusabgaben steht im Widerspruch zu diesen Zielen und würde den Wirtschaftsstandort Österreich schwächen.

Um den Tourismus nachhaltig zu stärken, bedarf es keiner zusätzlichen Abgaben, sondern gezielter Förderungen und eines Abbaus von Bürokratie. Nur so können wir sicherstellen, dass Österreich auch in Zukunft ein attraktives Reiseziel bleibt und unsere Betriebe florieren können.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher nachstehenden

### **Entschließungsantrag**

*Der Nationalrat wolle beschließen:*

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, umgehend Gespräche mit den für Tourismus zuständigen Landesräten der Bundesländer aufzunehmen mit dem Ziel, von jeglichen Plänen zur Erhöhung der Tourismusabgabe abzusehen und stattdessen Maßnahmen

zur nachhaltigen Entlastung und Förderung der Tourismusbranche zu erarbeiten, um deren Wettbewerbsfähigkeit und Zukunft zu sichern.“

*In formeller Hinsicht wird ersucht, diesen Antrag dem Tourismusausschuss zuzuweisen.*